

Anno ... 9. Woche

1901, 2. März: Nach dem Sieg im Krieg gegen Spanien und der militärischen Besetzung Kubas durch die USA (1898/1899) erhalten die Vereinigten Staaten das Recht, die Unabhängigkeit der Karibikinsel zu schützen und für Gesetz und Ordnung zu sorgen. Bestandteil dieses »Platt Amendment«, mit dem Kuba quasi zu einem Protektorat der USA gemacht wird, ist auch die Verpachtung von Marinestützpunkten an die US-Army, die auch nach Ausrufung der Republik Kuba im Jahr 1902 fortgilt. Im selben Jahr räumen die USA zwar die Insel wieder, behalten sich aber weiterhin Interventionsrechte vor. 1903 wird die Inselrepublik gezwungen, auch die im Osten gelegene Bucht von Guantánamo (insgesamt 114 Quadratkilometer) als Flottenbasis an die USA abzutreten – auf 99 Jahre.

1921, 26. Februar: Nach Oktoberrevolution, Bürgerkrieg und Intervention stellt die Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages mit Persien einen Durchbruch der diplomatischen Blockade gegen Sowjetrußland dar. Darin verzichtet Moskau auf alle ehemaligen russischen Konzessionen und Eigentumsrechte in Persien. Zwei Tage später wird ein vergleichbarer Vertrag mit Afghanistan unterzeichnet; im Jahresverlauf folgen ein weiterer mit der Türkei sowie Handelsabkommen mit Großbritannien, Deutschland und Italien. Zwei Jahre nach Gründung der UdSSR im Dezember 1922 werden normale diplomatische Beziehungen u. a. mit Großbritannien, Frankreich und Italien aufgenommen.

1946, 2./3. März: In Berlin beraten rund 400 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands auf der 1. Reichskonferenz der KPD nach dem Krieg die nächsten Aufgaben der Partei beim Neuaufbau des Landes. In Anwesenheit von Vertretern des Zentralausschusses der SPD wird auch die geplante Vereinigung der beiden Arbeiterparteien thematisiert, die Ende Februar bereits Gegenstand einer zweiten sogenannten Sechziger-Konferenz (ein erstes derartiges Treffen von jeweils 30 führenden KPD- und SPD-Funktionären hatte im Dezember 1945 stattgefunden) gewesen war. Während die KPD-Konferenz schon dementsprechend die programmatischen Grundlagen der künftigen Einheitspartei erörtert, wird zeitgleich von einer Berliner Funktionärskonferenz der SPD eine Resolution über die Durchführung einer Urabstimmung angenommen, die beweisen soll, daß die Mehrheit der SPD-Mitglieder gegen eine Vereinigung ist.

1986, 28. Februar: Nach einem Kinobesuch wird der schwedische Ministerpräsident Olof Palme in der Stockholmer Innenstadt auf offener Straße erschossen. Der Mörder kann unerkannt entkommen. Die Hintergründe des Attentats sind bis heute nicht aufgeklärt. Der sozialdemokratische Politiker, zwischen 1969 und 1975 sowie seit 1982 wieder Regierungschef Schwedens, war international vor allem wegen seines Engagements in der Friedens- und Sicherheitspolitik anerkannt, aber deswegen auch angefeindet worden.

<https://www.jungewelt.de/artikel/62991.anno-9-woche.html>